



036.21

München, 2. März 2021

**Prävention gegen weibliche Genitalverstümmelung
Sozialministerin Trautner: „Gewalt hat grausame Folgen für die Opfer, die sie ein Leben lang in schlimmster Form begleiten. Deshalb starten wir Präventionsmaßnahmen gegen weibliche Genitalbeschneidung“**

Schätzungen zufolge gibt es derzeit über 70.000 Frauen in Deutschland, die von weiblicher Genitalbeschneidung betroffen und 15.000 Mädchen, die davon bedroht sind. In Fachkreisen wird von einer Dunkelziffer ausgegangen, die diese Zahlen bei weitem übersteigt. „Die weibliche Genitalbeschneidung ist eine grausame Art der Menschenrechtsverletzung, die wir nur gemeinsam gezielt bekämpfen können“, so Bayerns **Sozialministerin Carolina Trautner**. „Im Rahmen des umfassenden bayerischen Gewaltschutz- und Präventionskonzepts ist uns ein wichtiger Schritt im Bereich der Prävention, Sensibilisierung und Aufklärung gelungen. Es freut mich sehr, dass wir so zeitnah mit den einzelnen Projektträgern IMMA e.V., Donna Mobile AKA e.V, Pro Familia Ingolstadt, dem Landkreis Neu-Ulm, dem Diözesan-Caritasverband für die Diözese Regensburg e.V. und IN VIA Bayern e.V. die ersten Präventionsmaßnahmen vorrangig direkt vor Ort starten können.“

Die Projekte werden durch die katholische Stiftungshochschule München professionell wissenschaftlich begleitet. Ziel ist es unter anderem, aufsuchende, niedrigschwellige präventive Beratung anzubieten sowie Runde Tische unter der Beteiligung jeweils mit dem Thema befasster Akteure vor Ort aufzubauen. Darüber hinaus ist es entscheidend, das soziale Umfeld der bedrohten oder betroffenen Frauen und Mädchen für das Thema zu sensibilisieren. Daher ist neben einem gezielten Schulungsangebot auch ein Fachtag für Fachkräfte geplant. Gefördert werden die einzelnen Projekte mit jeweils bis zu rund 50.000 Euro.

„Damit setzen wir ein bundesweites Zeichen“, erklärt Trautner. Die nun beginnenden Maßnahmen stellen einen ersten wichtigen Schritt im Bereich der Prävention dar und sollen weiterentwickelt werden. „Weitere mögliche Projekte werden derzeit geprüft“, so die Ministerin abschließend.

